

RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE STEHEN AUF DEM SPIEL

Günter Burkhardt, Karl Kopp

Im Frühjahr 2016 sitzen an der griechisch-mazedonischen Grenze tausende Flüchtlinge fest. Wochenlang hausen Junge und Alte, Frauen, Familien mit Kindern in Regen und Schlamm, vor unser aller Augen. Sie sind verzweifelt, viele sind krank. Sie wollen weiter, werden aber von den mazedonischen Grenzern nicht durchgelassen. Es ist eine humanitäre Katastrophe mitten in Europa – und niemand handelt, Europa schaut zu, in stillschweigendem Einverständnis. Gleichzeitig toben die Konfliktherde in Syrien, Irak und Afghanistan weiter, aber das interessiert kaum noch. Niemals waren mehr Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung als heute. Die Gründe dafür, warum so viele Menschen fliehen, geraten aus dem Blick. Denn im Jahr 2016 zählt nur noch eines: Die Zahl der in Deutschland und Europa ankommenden Flüchtlinge muss gesenkt werden, koste es, was es wolle.

Noch im September 2015 hießen zehntausende von Menschen und auch namhafte Politiker Flüchtlinge in Deutschland willkommen. Inzwischen wird Rechtspopulisten immer mehr das Feld überlassen, flüchtlingsfeindliche Positionen gewinnen an Zustimmung – auch in demokratischen Parteien.

Im bürgerlichen Gewand wird gehetzt. Der geistigen Brandstiftung folgt die Tat: Seit Jahresbeginn gab es 248 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon 46 Brandanschläge. Tag für Tag werden Menschen auf offener Straße bedroht, ohne dass ein Aufschrei durch Deutschland geht. Die rechtspopulistische AfD erhält in drei Bundesländern zweistellige Wahlergebnisse – ohne Parteiprogramm,

allein aufgrund ihrer flüchtlingsfeindlichen Parolen. Abschotten, abgrenzen, abschießen – wo fängt Unmenschlichkeit an?

Domino-Effekt der Zäune

Im Herbst 2015 greift europaweit Flüchtlingsfeindlichkeit um sich: Einer Grenzschließung folgt die nächste. Ein Land nach dem anderen baut Zäune. Im Bestreben, sich abzuschotten und die Ver-

antwortung dem jeweils anderen EU-Staat zuzuschieben, manövrieren sich die Staaten der EU in eine Sackgasse. Ein Domino-Effekt wird ausgelöst.

Die über Monate hinweg als flüchtlingsfreundlich wahrgenommene Bundeskanzlerin leitet den Kurswechsel ein, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit. Sie plant einen Deal mit der Türkei: Diese soll Europa die Flüchtlinge künftig vom Hals halten und sie aus Griechen-



land wieder zurücknehmen. Im Gegenzug sollen syrische Flüchtlinge im Rahmen eines Kontingents aus der Türkei in Europa aufgenommen werden.

Der 18. März 2016, der Tag der Einigung mit der Türkei, ist ein bitterer Tag für Flüchtlinge. Die EU verkauft die Menschenrechte von Flüchtlingen an die Türkei. Im Grenzstaat Griechenland drohen nun Pro-forma-Verfahren mit anschließender Masseninhaftierung und Massenabschiebung in die Türkei. Griechenland wird zum Asyllager der EU, die Türkei zum Vorposten. Das Flüchtlingsrecht und die Menschenrechtskonvention werden dabei ausgehebelt und verbogen. Das ist eine moralische und rechtliche Bankrotterklärung und eine Kehrtwende in der Geschichte der Europäischen Union. Dieses Abkommen ist eine Schande für Europa.

Daran ändert auch die geplante Aufnahme eines Kontingents syrischer Flüchtlinge nichts. Was ist mit den Flüchtlingen

aus Afghanistan, Iran, Somalia, Eritrea? Nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Europäischen Menschenrechtskonvention sind die individuellen Fluchtgründe maßgebend, nicht die nationale Herkunft. In dem geplanten perfiden Tauschgeschäft werden Schutzbedürftige gegeneinander ausgespielt.

Niemand darf der Folter unterworfen und in Situationen abgeschoben werden, wo Menschenrechtsverletzungen und Lebensgefahr drohen. Das muss individuell in einem fairen Verfahren geprüft werden, einschließlich der Möglichkeit, negative Entscheidungen vor Gericht überprüfen zu lassen.

Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat

Der EU-Türkei-Deal bricht europäisches Recht, er liefert Schutzsuchende einem Staat aus, der sich mit rasanter Geschwindigkeit vom Rechtsstaat entfernt. Zwar hat die Türkei fast drei Millionen

Flüchtlinge vorübergehend beherbergt – eine großartige Leistung, für die sie zu Recht finanzielle Unterstützung fordert. Das Land kennt jedoch kein staatliches Asylrecht, das zu einem Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention führt. Die Türkei ist kein »sicherer Drittstaat« im Sinne des Europa- und Flüchtlingsrechts, weder auf dem Papier noch in der Realität.

Bereits jetzt sind Flüchtlinge in der Türkei der Gefahr ausgesetzt, in Staaten abgeschoben zu werden, in denen ihnen Verfolgung oder gar der Tod drohen. Gegenüber syrischen Flüchtlingen verfolgt die Türkei eine systematische Praxis der Zurückweisung. Die Grenzen zu Syrien wurden abgeriegelt. Inhaftierungen, Abschiebungen und Zurückschiebungen nach Syrien wurden in Hunderten von Fällen dokumentiert. Um Flucht zu verhindern, führte die Türkei die Visumpflicht für Syrer ein und baut eine massive Grenzbefestigung an der syrisch-türkischen Grenze.

Und wie reagiert hierauf der Architekt der europäischen Flüchtlingspolitik, Innenminister de Maizière? Auf eine kritische Frage vom Spiegel am 30. Januar 2016 antwortet er: »Es spricht überdies nicht grundsätzlich etwas gegen Grenzsicherung. Wir haben einen Zaun an der Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland (...). Wir erwarten zu Recht, dass jedes Land des Schengenraums seine Außengrenze schützt. Und ich habe Verständnis dafür, dass die Türkei alles dafür tut, damit der Bürgerkrieg in Syrien nicht ins eigene Land überschwappt.«

Deutlicher hätte es kaum formuliert werden können. Jedes Mittel ist recht, um Flüchtlinge fernzuhalten, koste es, was es wolle.

Unbestritten stehen Deutschland und die anderen europäischen Staaten, vor allem aber die Nachbarstaaten Syriens, vor einer großen Herausforderung. Konfliktreduzierende Lösungen müssen politisch erreicht werden. Die Politik der Bundesregierung, die sie in der EU durchgesetzt hat, birgt jedoch auch sicherheitspolitisch enorme Risiken. Die Türkei hat längst offen formuliert, dass



© Bernadett Szabo/Reuters

Idomeni, März 2016
© Björn Kietzmann



sie eine Schutzzone für Flüchtlinge in Nordsyrien will. Der Nebeneffekt: Ein Erstarken staatlicher Strukturen der kurdischen Bevölkerung soll verhindert werden. Der Autokrat Erdogan hat den Krieg im Südosten der Türkei gegen die kurdische Minderheit neu entfacht. Menschenrechtsverletzungen gegenüber Oppositionellen und Journalisten häufen sich. All dies ist auch Bundeskanzlerin Merkel bekannt. Gleichwohl hat sie die Kooperation mit der Türkei vorangetrieben. Europa verliert so aber jegliche Berechtigung, andere Staaten zur Einhaltung von Menschenrechten zu drängen. Europa verspielt seine Glaubwürdigkeit. Europa verspielt die Basis, auf der die Gesellschaft fußt: Die Würde des Menschen und die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte.

Verantwortung übernehmen!

Doch wie könnten Lösungen aussehen? Eines ist klar: Es gibt keine einfachen Lösungen. Wenn Millionen auf der Flucht sind, sind alle Nachbarstaaten, aber auch die angrenzenden Regionen gefordert, gegebenenfalls auch andere Staaten weltweit. An der Übernahme von Verantwortung durch jeden einzelnen Staat geht kein Weg vorbei. Es ist skandalös, dass sich die osteuropäischen Staaten weigern, Flüchtlingen Schutz

zu gewähren. Nicht gesprochen wird über die de facto Verweigerung der nord- und westeuropäischen Industriestaaten. Frankreich, Großbritannien, die Beneluxstaaten und andere hätten weit aus mehr Möglichkeiten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Sie verstecken sich hinter Deutschland. Ein Land nach dem anderen in Europa schiebt die Verantwortung weiter. Sie handeln nach dem Motto: Jeder für sich, gemeinsam gegen Flüchtlinge.

Augen zu, Grenzen zu und hoffen, dass die Situation vorübergeht: So sieht keine verantwortliche Politik aus. Es ist weltfern zu glauben, dass Griechenland oder die Türkei zum Flüchtlingslager Europas werden und die Menschen dort bleiben.

Es ist auch weltfern zu glauben, dass diejenigen, die Deutschland und andere europäische Staaten erreichen, bald wieder zurückkehren. Rund 80 % der Ankommenden stammen aus den Kriegs- und Krisenregionen Syriens, Irans, Iraks und Afghanistans. Politik und Gesellschaft müssen sich darauf einstellen, dass die Ankommenden lange Zeit bleiben – wenn nicht für immer. Und daraus gilt es, Konsequenzen zu ziehen. Doch was geschieht, ist das Gegenteil.

Rolle rückwärts in der Integrationspolitik

Vor einem Jahr standen noch die Chancen und Potenziale der Flüchtlinge im Mittelpunkt der Debatte, nun dominieren auf Abwehr gerichtete Maßnahmen. Flüchtlinge bringen enorme Potenziale mit. Sie sind willens und fähig, ein neues Leben zu beginnen und es aktiv zu gestalten. Es liegt im Interesse aller – sowohl der aufnehmenden Gesellschaft als auch der Flüchtlinge, Hürden, die Integration verhindern, zu beseitigen. Doch das Gegenteil geschieht.

Das vielleicht perfideste Beispiel der integrationspolitischen Kehrtwende ist die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte bis März 2018. Ihr erstes Ergebnis: Zu Jahresbeginn 2016 schnellte die Zahl der Toten in der Ägäis in die Höhe. Mehr als 350 Menschen sterben allein von Januar bis Ende März. Es sind in dieser Zeit vor allem Frauen und Kinder, die in die Boote gehen, nach UNHCR mehr als 60 Prozent der Ankommenden, weitaus mehr als in den Monaten zuvor. Die Ankündigung, den Familiennachzug künftig zu verhindern, sowie die sich abzeichnende Schließung der Grenzen haben eine Torschlusspanik ausgelöst. Die Kontrollen der Türkei führen zu ge-

DIE »SCHANDE VON EVIAN« 1938 UND DIE »SCHANDE VON BRÜSSEL« 2016

Auf der Konferenz von Evian 1938 konnten sich die versammelten Nationen nicht auf eine erleichterte Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen aus NS-Deutschland einigen. In der »Flüchtlingskrise« heute können sich die Europäer nicht auf eine Flüchtlingsaufnahme einigen. Sie engagieren sich sogar für die Abwehr von Flüchtlingen. Das macht, trotz aller Unterschiede, die »Schande von Evian« 1938 vergleichbar mit der »Schande von Brüssel« 2016.

Klaus J. Bade



Die Europäische Union hat sich in Brüssel am 17. März 2016 auf ein Angebot zu einem Flüchtlingsdeal mit der Türkei geeinigt, in das die Türkei am 18. März eingeschlagen hat: Von der Türkei aus über die Ägäis nach Griechenland Geflüchtete sollen, zu »illegalen Migranten« umdefiniert, in die Türkei deportiert (»rückgeführt«) werden. Für jeden ausgewiesenen »illegalen« Syrer soll ein wegen ordnungsgemäßer Meldung »legaler« Syrer nach Europa gebracht werden, zunächst bis zu einer Größenordnung von 72.000 Menschen. Die Aufnahme in Europa ist freiwillig, sonst hätten die Flüchtlingsverweigerer unter den EU-Staaten das Abkommen nicht akzeptiert. Nach der Schließung der Balkanroute soll auch die Fluchtroute über die Ägäis blockiert werden, was in den Kontext der »Externalisierung« genannten Vorfeldverteidigung der Schengengrenzen gehört.

Verschämte rechtsästhetische Nachbesserungen sollen das möglich machen. Dazu wird ein Verfahren mit einer groben individuellen »Prüfung« der Fluchtgründe jener »illegalen Migranten« ebenso gehören wie die Anerkennung der Türkei durch Griechenland als sicherer Drittstaat; denn ohne Verfahren wären »Rückschiebungen« von illegalisierten Geflüchteten selber illegal. Als angeblich sicheren Drittstaat heiligt man so die aus ihrer sowieso defizitä-

ren Rechts- und Verfassungskultur ins Bodenlose stürzende autoritäre Erdogan-Türkei mit ihrem Zertrampeln von Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, mit ihrer Unterdrückung von Minderheiten und der Beantwortung von Milizenterror mit Staatsterror innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen. Das wird demonstrativ übersehen, der Zweck heiligt die Mittel.

Die weinerliche Begründung mit dem maritimen Kampf gegen das »Schlepperunwesen« ist erbärmlich scheinheilig; denn die Schlepper verdienen ihr großes Geld nicht auf dem kleinen Katzensprung über ein paar Seemeilen von der Türkei zu den vorgelagerten griechischen Inseln, sondern auf der viel riskanteren Hochseeroute von Libyen nach Italien und besonders nach Lampedusa.

Menschliche Kollateralschäden

Die Flucht auf dieser besonders gefährlichen Hochseeroute wird wieder stark zunehmen, sobald die Frühjahrsstürme vorüber sind. Schon in den letzten Tagen sind von dem vor den libyschen Küstengewässern operierenden größten privaten Rettungsschiff *Aquarius* von SOS *Méditerranée* bei zwei Rettungseinsätzen fast 200 Menschen aus Seenot geborgen worden. Seit der Erschwerung des Familiennachzugs im Hauptzielland Deutschland werden sich umso mehr

Familienmitglieder, besonders Frauen und Kinder, den vorausgewanderten Männern anzuschließen suchen. Die Opfer werden also weiblicher und jünger werden. Menschliche Kollateralschäden des Kampfes gegen Flüchtlinge.

Das erinnert an die »Schande von Evian«: Im Juli 1938 verhandelten auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Roosevelt Vertreter von 32 Staaten und von vielen, auch jüdischen Hilfsorganisationen im französischen Evian am Genfer See über eine Erleichterung der Einreise der vom NS-Staat terrorisierten Juden aus Deutschland. Die Delegierten sahen sich aber fast durchweg außerstande, den Verfolgten großzügig die Aufnahme in ihren Staaten zu erleichtern.

Die einen stellten einem solchen Ansinnen schlicht antisemitische Argumente entgegen; andere begründeten ihre Abwehrhaltung mit der Gefahr, dass rechtsextreme Kräfte im Land durch judenfreundliche Haltungen gereizt werden könnten; wieder andere redeten sogar vom »Missbrauch des Asylrechts«. Einziges Konferenzergebnis war die Einigung auf ein ständiges Flüchtlingskomitee, das versuchen sollte, bei der deutschen Regierung eine humanitär geordnete Auswanderung von Juden zu erwirken.